

30. November 2009

Pressemitteilung von Martina Bunge

Armutsrenten sind Armutszeugnis für Regierung

„Das ist erst der Anfang“, befürchtet Martina Bunge angesichts der aktuellen Meldungen, dass immer mehr Rentnerinnen und Rentner auch in Mecklenburg-Vorpommern gezwungen sind zu arbeiten. Während sich 2003 rund 7.800 Menschen über 65 Jahre etwas zur Rente hinzuverdienen, waren es 2007 schon 9.600 – und damit zwei Prozent der Rentenempfänger insgesamt. Angesichts dieser beträchtlichen Steigerung vermutet die Abgeordnete, dass heute noch mehr Senioren auf einen Job angewiesen sind.

„Die Altersarmut ist ein Armutszeugnis für die Regierenden. Sie wird besonders in Ostdeutschland in den nächsten Jahren zunehmen, wenn diejenigen ins Rentenalter kommen, die nach 1990 von längerer Arbeitslosigkeit und von Lohndumping betroffen waren.“

Meine Partei, DIE LINKE, will, dass kein Mensch im Alter weniger als 800 Euro aus der Rente oder Grundsicherung hat. Ich kann hier nur unsere Vorschläge wiederholen: Um eine armutsfeste Rente zu finanzieren, brauchen wir in Zukunft eine Erwerbstätigenversicherung, die auch Beamte, Politikerinnen oder gutverdienende Selbständige erfasst. Die Beitragsbemessungsgrenze muss angehoben und später aufgehoben werden. Dadurch kommt mehr Geld in die Rentenkasse, das dann gerechter verteilt werden kann. So könnten Beitragsjahre mit niedrigem Einkommen oder Zeiten von Kindererziehung, Ausbildung und Arbeitssuche höher bewertet werden. Das alles muss flankiert werden durch eine anständige Entlohnung.“